

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

Das Streiflicht

(SZ) Von der Öffentlichkeit unbemerkt präsentiert die Stadt Berlin seit Jahren ein radikales Kunstprojekt. Es geht um den „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“, also um jene Oper, für die Kurt Weill und Bertolt Brecht einst in unnötiger Bescheidenheit nur zweieinhalb Stunden ansetzten. Berlin inszeniert das Werk nun realiter und in Echtzeit, überall in der Stadt. Wann genau die Aufführung vorbei sein wird, weiß natürlich niemand, nur so viel zum Fortgang: Der beißende Fallwind des Untergangs weht schon an jeder zweiten Ecke. Im Ensemble brillierte bislang Margot Käßmann, mit ihrem mahnenden Zwischenruf, nichts sei gut in Berlin. Nun ruhen alle Erwartungen auf dem Regierenden Bürgermeister, der mit Leibeskräften die Deckenbalken festhalten muss, bis dann in ein paar Jahren alles endgültig in den Keller rauscht. Früher versprach Berlin Erlösung für alle; es ersetze den Alltag durch Abenteuer, und selbst an trüben Tagen gab es wenigstens ein billiges Glas Wein auf irgendeiner Soli-Party.

In der Kunst generell wie auch in diesem Fall stellt sich die Frage: Muss man das gesehen haben? Die jüngste Antwort auf diese Frage hat ausgerechnet Günther Jauch gegeben, dessen Verachtung für Berlin ja schon damit beginnt, dass er in Potsdam wohnt. Wenn an Sommerabenden halb Europa in der Hauptstadt auf den Bordstein reihert, steht Jauch in Ruhe im Gartengras und spritzt seinen Steg ab. In seiner Rate-Sendung jedenfalls stellte er nun eine Frage über Berlin, ohne dabei den Namen der Stadt zu nennen. Als der Kandidat andeutete, noch nie dort gewesen zu sein, verriet das Entsetzen des Moderators die Antwort. Jauch: „Sie war'n noch nie in Berlin, äh?“ Es gilt als gesichert, dass Jauch nicht an Berlingerode dachte oder an Berlinghausen. Nein, er dachte an Berlin, und verband damit die Überzeugung, dass ein Besuch dort so verpflichtend zu jedem Leben gehöre wie regelmäßiges Atmen oder eine warme Jacke für den Winter.

Aber stimmt das denn? Kein Baedeker kann verraten, was man wirklich gesehen haben muss im Leben. Schon gar nicht im gegenwärtigen Zeitalter der Kosmopoleten, in dem noch der dörflichste Mensch sich für Humboldt hält und die Welt bereist. Was man im Leben tatsächlich gesehen haben sollte, sind ein paar schöne Sonnenuntergänge am Meer sowie dann und wann mal ein gewaltiges Bergpanorama. Berlin ist da eher verhandelbar. Wer dort lebt, sagt, dass es toll sei, glaubt das aber selbst nicht so recht. Wer noch nie da war, glaubt, dass es toll ist, will das aber nicht zugeben. Und für beide dürfte es eigentlich ziemlich einfach sein, die Unnötigkeit von Berlin zu überprüfen. Man muss dafür nur an einen Ort fahren, der nicht Berlin ist, zum Beispiel ans Meer. Oder man erfindet sich gleich selbst eine Stadt, nennt sie Mahagonny und redet sich ein, es sei dort viel besser als in Berlin.

HEUTE

Meinung	4
Selten waren sich ein Papst und ein US-Präsident so einig wie Franziskus und Obama	
Panorama	10
Enteigneten Besitz zurückgefordert, Haftstrafe erhalten: ein absurder Prozess in Österreich	
Wissen	16
Jeder Mensch ist von einer Bakterienwolke umgeben, die ihn unverwechselbar macht	
Sport	29
Trainer Frontzeck rettete einst Hannover – jetzt wird über seine Ablösung diskutiert	
Medien	31
Daniel Harrich recherchiert investigativ und macht aus den Ergebnissen Spielfilme	
TV-/ Radioprogramm	32
Forum & Leserbrief	15
München · Bayern	30
Münchener Nachrichten	12
Traueranzeigen	28

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax +9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte).
Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, F, GR, I, L, NL, SLD, SK: € 3,20; dkr: 24; € 3,10; kn 28,5; sFr. 4,80; czk 95; Ft 840



Frischer Wind

Der Gegensatz könnte größer kaum sein. Franziskus, der dazu aufruft, das Glück in der Armut zu finden, besucht für drei Tage die USA. Noch nie ist der Papst im Land des Kapitalismus gewesen, dabei ist er, wie dieses Wandgemälde in New York zeigt, hier populär – viel populärer als die Kirche, deren Oberhaupt er ist. Am Donnerstag wird Franziskus eine Rede vor dem US-Kongress halten, und man darf sicher sein: Dieser politische Papst wird den Auftritt für scharfe Kritik nutzen. FOTO: TIMOTHY A. CLARY/AFP

› Seite 4

„Winterkorn wird schwer zu halten sein“

Die Kritik am Vorstandschef wächst auch im Konzern. VW gibt zu, in elf Millionen Autos Software eingebaut zu haben, um Abgas-Werte zu schönen. Mehrere Staaten untersuchen die Manipulationen

München – Der Skandal um manipulierte Abgastests bei VW weitet sich immer mehr aus. Der Konzern räumte am Dienstag ein, dass das Unternehmen in bis zu elf Millionen Diesel-Autos eine Software eingesetzt hat, mit der sich Abgaswerte manipulieren lassen – und nicht bloß in 480 000 Autos, wie es noch am Montag hieß. VW-Chef Martin Winterkorn droht deshalb die vorzeitige Ablösung. „Der weltweite Druck ist inzwischen so groß geworden, dass Winterkorn nur schwer zu halten sein wird“, hieß es am Dienstag aus Konzernkreisen. Winterkorn entschuldigte sich in einer Videobotschaft „in aller Form“ bei Kunden, Behörden und der Öffentlichkeit für die Trickserie bei den Abgaswerten: „Um es klar zu sagen: Manipulieren und Volkswagen – das darf nie wieder vorkommen.“

Das Präsidium des Aufsichtsrats will an diesem Mittwoch über Konsequenzen beraten. Von neun Uhr an wollen sich die Kontrolleure in Wolfsburg zusammensetzen, danach soll entschieden werden, wie es weitergeht. Als möglicher Nachfolger für den 68-jährigen VW-Boss steht unter anderem Porsche-Chef Matthias Müller bereit. Dieser sei „ein solider Mann und kennt den Konzern“, hieß es im Kreis der Kontrolleure. Er ist allerdings 62 Jahre alt und dürfte eher ein Kandidat des Übergangs sein.

VW stand wegen des Abgasskandals am Dienstag unter massivem Druck. An der Börse brach der Kurs des Unternehmens zeitweise um mehr als 23 Prozent ein. Damit hat VW an der Börse allein in den vergangenen beiden Tagen mehr als 25 Milliarden Euro an Wert verloren. Seit dem Höchststand der VW-Aktie im Februar wurden sogar insgesamt fast 70 Milliarden vernichtet; damals war der Konzern noch mit 120 Milliarden Euro bewertet worden.

Mittlerweile untersuchen Behörden in mehreren Ländern den Fall. In den USA hat das Justizministerium strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) setzte

eine Untersuchungskommission unter Leitung eines Staatssekretärs ein, die noch in dieser Woche nach Wolfsburg fahren soll. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) forderte eine schnelle Aufklärung. Allerdings wurde auch bekannt, dass die Bundesregierung schon mindestens seit Juli um die Existenz von Software wusste, mit denen sich Fahrzeugtests manipulieren lassen.

Das südkoreanische Umweltministerium kündigte an, Autos der Marken Volkswagen und Audi (die ebenfalls zum VW-Konzern gehört) einer Sonderprüfung zu unterziehen. Auch die EU-Kommission kündigte an, sich den Fall anzuschauen. Winterkorn versprach in seiner Videobotschaft: „Wir klären das auf.“ Er sprach von den „schlimmen Fehlern einiger weniger“.

VW veröffentlichte am Dienstag erste Erkenntnisse seiner eigenen Sonderprüfung.

Demnach sind weltweit elf Millionen Autos mit Motoren des Typs EA 189 bestückt worden, die von manipulativen Software gesteuert werden. Das sind mehr Fahrzeuge, als VW mit seinen zwölf Marken in einem Jahr produziert. Die Fahrzeuge wurden in den Jahren 2009 bis 2015 aus-

Die angeschlagene Marke

Rauchende Rohre: Diesel-Motoren sind beliebt. Und hochgefährlich. › Seite 2
Autokratischer Stil: Der Weltkonzern VW wird geführt wie ein Mittelständler. Leitartikel von Caspar Busse › Seite 4
Gigant im Aufruhr: Wie lange kann sich Martin Winterkorn halten? › Wirtschaft
Wie Eis in der Sonne: Der Börsenwert von VW schmilzt rasant. › Wirtschaft



Das Schicksal von VW-Vorstandschef Martin Winterkorn entscheidet sich an diesem Mittwoch. In einer Videobotschaft bat er am Dienstag um Entschuldigung. FOTO: AP

120 000 Flüchtlinge werden in Europa verteilt

Nach dem Beschluss der EU-Innenminister nimmt Deutschland 30 000 Asylsuchende aus Italien und Griechenland auf

Brüssel/Bad Staffelstein – Im Streit über die Verteilung von Flüchtlingen hat sich Deutschland gegen mehrere östliche Mitglieder der EU durchgesetzt. Bei einem Sondertreffen beschlossen die EU-Innenminister am Dienstag in Brüssel die EU-weite Verteilung von 120 000 Flüchtlingen vor allem aus Italien und Griechenland entsprechend einer Quote. Entschieden wurde das mit großer Mehrheit gegen die Stimmen Tschechiens, Ungarns, der Slowakei und Rumaniens. Die europäischen Verträge sehen diese Möglichkeit vor, normalerweise wird in der EU aber im Konsens entschieden. Die luxemburgische Ratspräsidentschaft hatte sich vergeblich um eine einstimmige Lösung bemüht.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière hatte zuvor ein „hartes Treffen“ ange-

kündigt. Deutschland sei einigungswillig. Europa könne sich nicht leisten, dass die Sitzung ohne Ergebnis bleibe. Deutschland nimmt etwa 30 000 der Flüchtlinge auf. Nach den Verträgen müssen sich auch die unterlegenen EU-Staaten der Mehrheitsentscheidung unterwerfen. Das Verfahren könnte allerdings den für diesen Mittwoch angesetzten Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs zur Flüchtlingskrise belasten. Tschechien und andere EU-Staaten hatten die Quote als Einschränkung ihrer Souveränität kritisiert. Europa müsse in der Flüchtlingskrise seinen Werten treu bleiben, forderte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini. „Wir müssen glaubwürdig sein und innerhalb unserer Grenzen tun, was wir außerhalb unserer Grenzen fordern“,

sagte sie, auch mit Blick auf den EU-Sondergipfel zur Flüchtlingspolitik der *Süddeutschen Zeitung*. „Wir versuchen, in anderen Teilen der Welt für unsere Werte zu werben. Aber das funktioniert nicht, wenn wir es zu Hause nicht schaffen, Respekt vor Minderheiten zu zeigen, beginnend etwa bei Muslimen“, mahnte sie. Die inneren Teilungen würden weltweit wahrgenommen. „Das schwächt unsere Glaubwürdigkeit nach außen sehr.“

Vor dem Spitzentreffen der Ministerpräsidenten mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Donnerstag in Berlin kritisierte derweil Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) den Bund wegen mangelnder Unterstützung in der Flüchtlingsfrage massiv. So wie bisher könne die „Arbeitsteilung“ nicht bleiben: „dass die einen

geliefert, betroffen sind in den USA die Modelle Jetta, Beetle, Passat und Golf sowie der Audi A3. Für Nachbesserungen an den elf Millionen Autos stellte VW 6,5 Milliarden Euro zurück.

Unklar ist bislang, wer die Entwicklung der Software in Auftrag gegeben und den jahrelangen Einbau in die Dieselaautos zu verantworten hat. Formal fällt die Verantwortung in den Bereich des Entwicklungschefs, dies war bis 2013 der heutige Audi-Entwicklungschef Ulrich Hackenberg. Auf ihn folgte Heinz-Jakob Neuffer.

Das umstrittene Bauelement stammt indes von dem Stuttgarter Autzulieferer Bosch, nach eigenen Angaben Marktführer in diesem Feld: Das „Förder- und Dosiermodul zur Abgasnachbehandlung“ wird auch an andere Autohersteller geliefert. In dieser Hardware sei auch eine Funktion enthalten, die erkennen könne, wenn ein Auto im Testmodus betrieben werde. Dies sei „Industriestandard“, teilte Bosch auf Anfrage mit. Man habe hier aber keine illegalen Spezifikationen eingebaut und keinerlei Mitverantwortung. „Wir fertigen die Komponenten nach Spezifikation von Volkswagen, die Verantwortung für Applikation und Integration der Komponenten liegt bei VW.“ Das betrafte also auch die Programmierung der Software.

Die Deutsche Umwelthilfe geht davon aus, dass auch andere deutsche Autohersteller betroffen sind. In einem Brief an die Chefs von Opel, Audi, BMW, Daimler, Ford und Porsche behauptete der Verband, ihm lägen „Hinweise vor, dass offensichtlich auch Fahrzeuge Ihres Hauses um ein Vielfaches erhöhte NO_x-Werte aufweisen“. Diese seien durch normale Abweichungen nicht erklärbar. Bis Freitag sollen die Konzerne nun darlegen, ob eine spezielle Software in den Fahrzeugen Testsituationen erkennt – und dann für günstigere Emissionen sorgt, auch bei den europäischen Tests. So funktionierte auch die Software, die VW nun in Bedrängnis bringt. USC, THF, MIBA, HM



32 Seiten für Kinder
Ein Heft über Gerechtigkeit

Befangen Wie sich Lehrer beim Benoten beeinflussen lassen.
Ehrgeizig Wie Politiker die Armut auf der Welt abschaffen wollen.
Musikalisch Was *Revolverheld*-Sänger Johannes Strate den SZ-Lesern antwortet.

Die Kinderzeitung steht in der SZ-App für Tablet und Smartphone zum Runterladen bereit: sz.de/app

Niederlage für Linksfraktion

Verfassungsgericht spricht Urteil zu Minderheitsrechten im Parlament

Karlsruhe – Die Linksfraktion im Bundestag ist mit einer Klage auf eine stärkere Beteiligung im Vermittlungsausschuss gescheitert. Nach einem Urteil des Verfassungsgerichts muss zwar die Bundestagsbank im Vermittlungsausschuss spiegeltäglich zu den Kräfteverhältnissen im Parlament besetzt sein. Dies gelte aber nicht für Arbeitsgruppen. Bei der Hartz-IV-Reform im Jahr 2010 war die Linke von der Teilnahme in einem solchen Gremium ausgeschlossen worden. Laut Gericht steht dort die „Effizienz der Gesetzgebung“ im Vordergrund. JAN

› Seite 7

Bsirske führt Verdi weitere vier Jahre

Leipzig – Frank Bsirske ist erneut an die Spitze der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi gewählt worden. Auf dem Bundeskongress der Gewerkschaft in Leipzig stimmten am Dienstag 88,5 Prozent der Belegierten für den 63-Jährigen. Einen Gegenkandidaten gab es nicht. Bsirske wurde damit für weitere vier Jahre bestätigt. Er kündigte an, er werde „für eine gute Nachfolge sorgen“. SZ

› Seiten 4 und 7

Angela Merkel lobt Gerhard Schröder

Berlin – Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat ihrem Vorgänger Gerhard Schröder (SPD) erneut für die Reformagenda 2010 gedankt. Bei der Vorstellung einer Schröder-Biografie sagte Merkel am Dienstag, Schröder habe sich damit um Deutschland verdient gemacht. Dass die Bundesrepublik heute wirtschaftlich so stark dastehe, habe ohne Zweifel seinen Ausgang in den damaligen Sozialreformen. SZ

› Seite 3

Vattenfall gibt gesamte Braunkohlesparte ab

Berlin – Der schwedische Konzern Vattenfall macht mit dem Verkauf seines Braunkohlegesäfts in Deutschland ernst. Bis Anfang Oktober müssen Investoren ihr Interesse anmelden. Vattenfall betreibt in Sachsen und Brandenburg Tagebau und Kraftwerke mit 8000 Beschäftigten. Ob ein Käufer dafür die erhoffte Milliarden-summe zahlt, ist offen. Kohlestrom gilt als Auslaufmodell. MBAL

› Wirtschaft

Dax ▼	Dow ▼	Euro ▼
Xetra Schluss 9571 Punkte	N.Y. 18 Uhr 16239 Punkte	18 Uhr 1,1145 US-\$
- 3,80%	- 1,64%	- 0,0042

DAS WETTER

TAGS 17° / 6° NACHTS

Gebietsweise kräftige Schauer. Im Nordwesten vereinzelt Gewitter. An den Alpen und in Südbayern längere Zeit Regen. Die Schneefallgrenze bewegt sich zwischen 1500 und 1700 Metern. Temperaturen zehn bis 17 Grad.

› Seite 15

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/plus